

Zeitschrift: Volksschulblatt
Herausgeber: J.J. Vogt
Band: 5 (1858)
Heft: 12

Artikel: Diskurs über die Besoldungsfrage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-252102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

§ 67.* Ueber Bezahlung der Hilfslehrer (§ 52) durch den betreffenden Hauptlehrer, sowie über allfällige Beiträge der Gemeinde und des Staats, verfügt in vorkommenden Fällen der Regierungsrath.

§ 68.* Der Regierungsrath wird dafür sorgen, daß die Schulfonds der Gemeinden gut verwaltet, und, wo es geschehen kann, vermehrt werden.

§ 69.* Zu Gunsten derjenigen Lehrer, welche jährlich eine Einlage von 15 Fr. oder weniger in die Kantonal-Ersparnißkassa machen, wird die Staatskassa jedesmal halb so viel beitragen, als die Einlage beträgt. Hat der Lehrer das Schulamt wenigstens während 10 Jahren versehen, so steigt der Beitrag auf zwei Drittheile der jährlichen Einlage.

§ 70.* Das Capital, welches die Lehrer auf angegebene Art erwerben, darf von ihnen, eben so wenig als die Zinse davon, ohne Erlaubniß des Regierungsrathes bezogen, oder als Faustpfand hinterlegt werden, so lange dieselben den Gehalt als Lehrer beziehen.

Diese Beschränkung soll auf den Gutscheinen angemerkt werden.

§ 71.* Der Regierungsrath wird den Bezug des Capitals oder der Zinsen nur in Fällen dringender Noth gestatten.

§ 72.* Die Lehrer können fernere Einlagerechnungen bei der Ersparnißkassa haben, die durch gegenwärtiges Gesetz nicht berührt werden.
(Schluß folgt.)

Diskurs über die Besoldungsfrage.

(Aus Frymanns Bilderbuch II.)

Doktor. Wie hoch beläuft sich denn Ihr Einkommen, Herr Lehrer! doch etwa auf 1000 Fr. jährlich?

Schullehrer. Sie scherzen, Herr Doktor! Wo würde in Tobelhausen so viel Geld herkommen? 360 Fr. jährlich, also 90 Fr. auf's Quartal.

Doktor. So... Da hat es mein Paschali besser. Der nimmt wohl 500 Fr. ein und hat Kost und Pflege und Alles frei.

Frau Präsidentin. Neben dieser Baarbesoldung haben Sie wohl Naturalien und andere Nutzungen: Getreide, Obst, Holz u. dgl.

Schullehrer. Das ist ziemlich unbedeutend, gnädige Frau: ein Stückchen Gemüseland zum Anbau und ein Klaster Holz: dann eine Wohnung mit einer heizbaren Stube und zwei Kämmerlein nebst einem Herd im Hausgange.

Doktor. Dann bringen Ihnen aber die Bauern eine Masse von Schinken, Würsten, Butterstöcken, Kuchen und besonders auf Neujahr reiche Präsente.

Schullehrer. Das ist in Tobelhausen, wie an vielen andern Orten, keineswegs der Brauch.

Frau Präf. Aber mein Gott! Wie können denn 90 Fr. Quartal für Kost, Kleidung und so viele andere Bedürfnisse genügen?

Schullehrer. Wenn nichts Besonderes kommt, so reicht es noch spärlich aus; freilich im letzten Quartal, als ich mir ein Paar Stiefel und der Mutter ein Paar Schuhe machen lassen mußte, da hatten wir 8 Fr. Rückschlag.

Frau Präf. Aber wenn Sie nun eine Familie zu ernähren hätten? oder wenn Krankheit und sonst Verluste einträten.

Schullehrer. Wie ich bei aller Sparsamkeit eine Familie ernähren könnte, das ist mir unbegreiflich und in Krankheitsfällen würde die Noth sehr groß werden.

Hofrath. Es gibt aber doch viele Landschullehrer, die zahlreiche Familien haben und auch kein größeres Einkommen.

Schullehrer. Ja wohl; ich kenne mehrere derselben, und ich weiß auch, welche drückende Noth da vorkommt.

Doktor. Sie, Herr Lehrer, müssen eben nur darauf ausgehen, daß Sie eine reiche Müllers- oder Hofbauerntochter zur Frau bekommen.

Schullehrer. Ja, bei den reichen Landleuten, da käme ein Schullehrer übel an. Die sehen stolz auf den Schullehrer herab; sie würden eine solche Heirath für eine wahre Schande halten.

Schulinspektor. Wir sind da auf ein so trübseliges Kapitel gekommen, daß uns selbst die scherzhaften Ausfälle des Herrn Doktors nicht viel helfen werden. Ja, ich kann hierüber mit Sachkenntniß sprechen. Man hat die Ausprüche an die Landschullehrer ganz ungemessen erhöht; schon in Hinsicht auf ihre Bildung und Befähigung, dann in Bezug auf Zeitaufwand und Leistungen in der Schule: alle Anforderungen wurden gesteigert und vervielfacht, und während zudem Alles fast doppelt so viel Geld kostet, sind die Lehrereinkommen unter allem Verhältniß geblieben. — Ich bin bereits um meine Entlassung eingekommen. Da soll der Inspektor immer antreiben und rügen, immer mehr fordern rücksichtlich der Fortbildung und Schulleistung, und er weiß doch, daß mancher Lehrer in der kümmerlichsten Lage ist, daß mancher gedrückt und gedrängt von Noth zu Auskunfts Mitteln greift, durch die er intellektuell und moralisch herunterkommen muß.

Professor. Der Staat sollte da endlich kräftig zu Hülfe kommen; es liegt ja in seinem höchsten Interesse, daß er allgemeine Volksbildung fördere.

Präsident. Der Staat hat in den letzten zwanzig Jahren für das Volksschulwesen nicht unbedeutende Summen bewilligt, und es liegt bereits im Antrage, dieselben noch weiter zu erhöhen; aber daß er für die einzelnen Lehrer ausreichende Besoldungen bieten könnte, das wird wohl kaum je möglich sein. Schon die Ausgaben für Lehrerbildung, Inspektionen, Schulhausbauquoten u. s. f. sind bedeutend. Wir haben etwa 1000 Volksschullehrer; wollten wir sie vom Staate besolden und jedem 1000 Fr. jährlich geben, so wäre das eine Million jährlich, etwa der sechste Theil sämmtlicher Staatseinnahmen. — An eine solche Betheiligung des Staates ist gar nicht zu denken; im Gegentheil: sehr einflußreiche Stimmen höchsten Ortes sprechen die Ansicht aus, das Volksschulwesen sei Sache der Familien und der Gemeinden und die Beiträge des Staates seien eher zu vermindern als zu erhöhen.

Hofrath. Die Gemeinden und Familien könnten aber auch wirklich mehr thun; nicht wahr, Herr Schullehrer?

Schullehrer. Das mag schon an manchen Orten der Fall sein; aber an vielen würd' es auch sehr schwer fallen. Ich nehme nur gerade Tobelhausen, und so gibt es gewiß noch eine große Anzahl. Da vertheilt sich die Schullast folgendermaßen:

1) Die Familien zahlen drei Franken jährlich Schulgeld, macht bei 50 Schülern 150 Fr.; zudem bestreiten sie die einzelnen Lehrmittel: Bücher, Täflein, Griffel, Papier, Bleistift u. dgl.; das macht etwa auf jeden Schüler $\frac{1}{2}$ Fr., also wieder 25 Fr.

2) Die Gemeinde zahlt aus den Zinsen ihres Schulfonds, der aus 4000 Fr. besteht, an die Besoldung 175 Fr.

Dann hat sie für Heizmaterial, für bauliche Unterhaltung des Schulhauses, für allgemeine Lehrmittel, für Armenschulgelder u. s. w. etwa noch 100 Fr. durch Schulsteuern zu decken.

3) Der Staat gibt jährlich 45 Fr. an unsere Schule.

Wenn die Lehrerbefoldung in Tobelhausen auf Kosten der Gemeinde und Familie erflecklich erhöht werden müßte, so möchte die Schule eine fast unerträgliche Last für diese werden, und der Lehrer würde allgemein verhaßt sein. Ganz in derselben ökonomischen Lage, wie Tobelhausen, sind noch hunderte von Ortschaften.

Frau Präf. Ach Gott! Ich habe doch oft und viel davon gelesen, wie unser Volksschulwesen so trefflich bestellt sei und glücklich gedeihe. Wenn aber so viele Lehrer in Armuth und Bekümmerniß, in Mißachtung und Verkommenheit leben: wie sollten da gute Schulen möglich sein!

Schulinspektor. Gnädige Frau, verzeihen sie mir den derben Ausdruck: auf keinem Gebiete treibt die Heuchelei und Lüge*) ihr schändliches Unwesen stärker und frecher, als im Gebiete der Volksbildung. Wer da seine Stimme für Wahrheit und Gerechtigkeit erhebt, der wird von Volk und Regierung verkannt und verfolgt. Man will den Schaden mit falschen Worten in Schrift und Rede verdecken und verbergen.

Frau Präs. Das wäre ja entsetzlich! Und ist denn da gar nicht zu helfen?

Oberförster. Die Landschullehrer sollten eben überall neben ihrem Schulgeschäfte noch Landwirtschaft treiben; dadurch würden sie ihr Einkommen in wünschbarem Maaße steigern.

Schulinspektor. Ja, Landwirthschaft, das ist so ein Schlagwort. Sagen Sie, Herr Lehrer, warum treiben Sie denn nicht Landwirthschaft in Tobelhausen?

Schullehrer. Weil mir dies ganz und gar unmöglich ist.

Hofrath. Ei! unmöglich! — Warum denn?

Schullehrer. Erstens hab' ich weder Land noch Vieh, und zweitens hab' ich kein Geld, um solches zu kaufen; drittens hab' ich weder Stall noch Scheune, und viertens hab' ich kein Geld, um solche zu bauen. — Ich werde nicht irren, wenn ich behaupte, die große Mehrzahl meiner Kollegen befinde sich in ähnlicher Lage. (Fortf. folgt.)

Schul-Chronik.

Bern. Schulbesuch. (Corresp.) Im „Schweiz. Volksschulblatt“ sind schon viel und oft die Vorzüge und Mängel unsers Schulwesens bezeichnet worden. Etwas „Fortschrittliches“ kann ich Ihnen nun melden, das ich jüngst erfahren habe und das wohl eine allgemeine Erscheinung in unsern Schulen

*) Bernimmt man nicht immer noch Lobpreisungen des preussischen Schulwesens?! — Und die Wahrheit ist, daß von Jahr zu Jahr eine größere Anzahl Schulen ohne Lehrer bleibt. Preußen hat 23,000 protestantische und 10,500 katholische Primarschulstellen; jährlich sind 1280 Stellen zu besetzen; der Zuwachs an befähigten Kandidaten beträgt jährlich 850; also werden 430 Stellen gar nicht, oder mit unbefähigten Schulhaltern besetzt. Im Regierungsbezirk Potsdam bleiben jährlich 40 bis 50 Schulen unbefetzt. — Begreiflich! In den Jahren 1852—1856 hat Preußen von Staatswegen zirka 30,000 Thlr. an die Verbesserung sämtlicher Primarschulstellen geleistet: also zirka $\frac{7}{32}$ Thlr. durchschnittlich auf eine Schulstelle!! Die Universität Berlin erhält jährlich 153,965 Thlr. besondere Staatsunterstützung; eine fünfmal größere Summe als die 33,500 Primarschulen zusammen.

(Verhandlungen der preussischen Kammer 1857.)